



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das Wachstum der Sozialdemokratie nach der Statistik der
Reichstagswahlen 1867-1884.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Daß die deutsch-österreichische Ministerpartei verstimmt ist, würde mir nicht aufgefallen sein. Aber ich höre, daß sie ein halbes Jahr oder länger sehr hoffnungsfroh gewesen sein soll. Sie scheint wieder einmal aus den Mienen des Ministerpräsidenten herausgelesen zu haben, daß er seinen Kollegen überdrüssig sei. Darum war die Parole ausgegeben worden: „Pst pst! Kein Geräusch gemacht, damit wirs nicht überhören, wenn er uns ruft. Pst pst! Nicht zu deutsch, damit er nicht sehen wird.“ Doch mitten aus dem blauen Himmel fällt eine Verfügung des Justizministers herab, welche die völlige Tschechisierung des Richterstandes in Böhmen zum Zwecke hat. Und nun ertönen bittere Klagen: „Wir waren doch so brav! Wir fangen nicht leicht an, aber wenn wir einmal anfangen —!“ Auch sie sind glücklich die Alten geblieben.



Das Wachstum der Sozialdemokratie

nach der Statistik der Reichstagswahlen 1867 — 1884.



ie Wahlen zum konstituierenden norddeutschen Reichstage fanden im Februar, die Wahlen für die erste Legislaturperiode am letzten August des Jahres 1867 statt. In dieser Zeit war von einer einheitlichen Bewegung in der Arbeiterwelt noch keine Rede. Im Lager der von Lassalle gesammelten Truppen, dem Allgemeinen deutschen Arbeitervereine, herrschte Streit und Zersahrenheit, bis Schweitzer im Mai 1867 an ihre Spitze trat und sie zu ihren ersten Siegen führte. Daneben vollzog sich der Abfall des 1863 gegen Lassalle gegründeten Verbandes deutscher Arbeitervereine von der Fortschrittspartei und sein Übergang zum internationalen Kommunismus. Bebel hatte im Jahre zuvor die sächsische Volkspartei mit gründen helfen und schwang sich auf dem Verbandstage zu Gera 1867 nach heftiger Gegenwehr des Dr. Max Hirsch zum Vorsitzenden des ständigen Ausschusses des Verbandes auf, während sein Lehrmeister Liebknecht noch ganz in einem mit großdeutschen und partikularistischen Phrasen reich verbrämten Radikalismus aufzugehen schien.

Im konstituierenden Reichstage saß von den Arbeiterführern nur der für Glauchau gewählte Bebel, welcher zusammen mit dem Advokaten Schrapz die sächsische Volkspartei vertrat. Letztere wurde im ersten ordentlichen Reichstage noch durch Liebknecht verstärkt, den der sächsische Wahlkreis Stollberg entsandt hatte, während die Fraktion der Lassalleaner drei Köpfe stark erschien: Schweitzer siegte in Elberfeld-Barmen in der engeren Wahl gegen den Fortschrittler Löwe-

Galbe, Vennep-Mettmann wählte den Philanthropen Dr. Reincke, und in Chemnitz drang die weibliche Linie, der Anhang der Gräfin Hagfeldt, mit dem Kupferschmied Försterling durch. Im Jahre 1868 schied Dr. Reincke aus dem Reichstage und für immer von der Bühne der sozialistischen Agitation, nachdem er durch seine Anträge auf Auszählung des Hauses „lehrreiche Beiträge zur Geschichte diätenloser Volksversammlungen“ geliefert hatte. An seine Stelle trat der Tabakсарbeiter Frißche. Die sämtlichen für sozialistische Kandidaten abgegebenen Stimmen erreichten noch nicht die Zahl 50 000.

Im Verlaufe der Legislaturperiode trat die entscheidende Schwenkung des Verbandes deutscher Arbeitervereine unter Bebel's Führung zur Internationale ein; auf dem Eisenacher Kongresse (1869) erstand die sozialdemokratische Arbeiterpartei. Im Reichstage selbst blieb sie nur durch Bebel und Liebknecht vertreten, während sich in Nachwahlen die Lassalleaner durch Hasenclever (für Duisburg) verstärkten und zu Försterling der Präsident der Hagfeldtschen, Mende, hinzukam. Dreifach gespalten trat die Arbeiterbewegung in das Jahr 1870 ein; der Regierungsbezirk Düsseldorf war die Heimat der Partei der Lassalleaner, in Sachsen stand die Wiege sowohl der weiblichen Linie als auch der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, des deutschen Sprößlings der internationalen Arbeiterassoziation von Mary. Noch am Schlusse der Legislaturperiode erwarben sich die Vertreter aller drei Gruppen, auch der Lassalleaner, die sich bei Beginn derselben noch entschieden auf den Boden der Bundesverfassung gegen den Apostel der Internationalen, Liebknecht, gestellt hatten, den traurigen Ruhm, gegen die Versailleser Verträge und gegen die Annahme der Titel Kaiser und Reich zu stimmen.

Die große Zeit von 1870—71 mit ihrer erhebenden Begeisterung aller deutschen Stämme für Kaiser und Reich legte die emsige Minenarbeit unter der Arbeiterbevölkerung an vielen Stellen lahm. Nichtsdestoweniger brachten es die Lassalleaner bei den Wahlen von 1871 auf 63 000, die Eisenacher auf 39 000 Stimmen. Aber nur einer ihrer Kandidaten wurde gewählt, nämlich Bebel in seinem alten Wahlkreise Glauchau. Von 7 656 273 Wahlberechtigten (Elsaß-Lothringen ausgeschlossen) hatten 3886 515 ihre Stimmen abgegeben und 102 000, nach der Aufstellung des statistischen Amtes, welches die Stimmen für die Demokraten Schrapß und Jacoby mitzählt, 124 600, sozialdemokratisch gewählt. Von je 100 gültigen Stimmen waren 3 auf Sozialdemokraten gefallen, in 18 Wahlkreisen betrug die Anzahl der sozialdemokratischen Stimmen über 25 Prozent der gültigen Stimmen. In den rein städtischen Wahlkreisen kamen auf je 100 gültige Stimmen 17 sozialdemokratische, in den 199 Wahlkreisen mit mehr als 75 Prozent evangelischer Bevölkerung 6, in den 97 mit mehr als 75 Prozent katholischer Bevölkerung nur 0,5. Am stärksten zeigte sich die Verbreitung der Sozialdemokratie, und zwar Eisenacher Richtung, im Königreich Sachsen, welches über 33 000 Stimmen lieferte; es folgen dann die Rheinprovinz und Schleswig-Holstein, wo die Lassalleaner gegen 15 000 und über 11 000 Stimmen auf-

brachten, dann Hannover mit 7400, die freien Städte mit 7100 Stimmen ebenfalls Lassallescher Richtung. In einer Anzahl von Provinzen und Staaten waren gar keine sozialdemokratischen Stimmen abgegeben worden, in allen übrigen blieb der sozialdemokratische Anteil unter 4000. In der Stadt Breslau gab es kaum 300 sozialdemokratische Wähler, ganz Schlesien zählte knapp 2000.

Schweizer trat freiwillig von der großen Volksbühne ab und widmete sich als Lustspielbucher den weltbedeutenden Brettern, indem er das Vermächtnis Lassalles den minder geschickten Händen Hafenclevers überließ. Was die Verherrlichungen der Pariser Kommune in den Parteiblättern, die zahlreich von den Eisenachern gegründet wurden, nicht vermocht hatten, das brachte die Schwindelperiode mit dem nachfolgenden großen Krach zu stande: der Umsturzgedanke ward mächtiger und tilgte die Wirkungen des großen Jahres auf die Gefinnung der Arbeitermassen mehr und mehr aus, der Anblick der wirtschaftlichen Zerrüttung brachte die politischen Großthaten in Vergessenheit. Die Wahlen von 1874 führten sechs Eisenacher und drei Lassalleaner in den Reichstag; beide Richtungen teilten sich zu ziemlich gleichen Teilen in die etwa 350 000 Stimmen, welche gegen die bestehende Gesellschaftsordnung abgegeben worden waren. Die sechs Eisenacher waren sämtlich im Königreiche Sachsen gewählt worden, von den Lassalleanern zwei in Schleswig-Holstein und einer in der Rheinprovinz. Es gab keine preussische Provinz und keinen Staat, in dem die Bewegung nicht erhebliche Fortschritte gemacht hatte. Nur in Posen und in Mecklenburg-Strelitz und in mehreren kleinen Fürstentümern fand sich keine sozialdemokratische Stimme. Westpreußen blieb noch ziemlich unberührt; dagegen wiesen Schlesien 9000 gegen 2000 im Jahre 1871, Schleswig-Holstein 45 000 gegen 11 200, Brandenburg 14 700 gegen 2 400, das Königreich Sachsen 92 000 gegen 33 300, die Herzogtümer 32 000 gegen 3 700 Stimmen auf.

Das erschreckende Anwachsen der Sozialdemokratie veranlaßte zwar die Behörden zu scharfem Einschreiten, aber unter dem Eindrucke desselben, welches sich gleichmäßig gegen Lassalleaner und Eisenacher richtete, vollzog sich auch die Vereinigung der feindlichen Brüder auf dem Gothaer Kongreß 1875.

Noch erschreckender war die Wirkung der Wahlen von 1877. Von 5 401 021 gültigen Stimmen fielen 493 288 = 9,1 Prozent der Sozialdemokratie zu, 3520 000 Wahlberechtigte hatten sich der Wahl enthalten. Die Partei brachte aus den ersten ordentlichen Wahlen zehn Mandate heim, von denen eines, Altona, bei der Nachwahl wieder verloren ging, und blieb an zwanzig Stichwahlen beteiligt, von denen wenigstens drei für sie günstig ausfielen. Wenn das Verhältnis der auf eine Partei gefallenen Stimmen zu der Gesamtzahl aller gültigen Wahlzettel für die Zahl der Abgeordneten jeder Partei maßgebend wäre, so hätte die Sozialdemokratie sechsunddreißig Abgeordnete zu beanspruchen gehabt. Der verhältnismäßig geringe Erfolg hat seinen Grund nicht allein in dem Zusammenstehen der übrigen Parteien gegen die sozial-

demokratischen Kandidaten bei den Stichwahlen, sondern auch in der Zerspaltung der sozialdemokratischen Stimmen über das ganze Reich. Nur in den preussischen Regierungsbezirken Marienwerder, Stralsund, Oppeln, Münster, Aachen, Koblenz, drei kleinen Fürstentümern und Elsaß-Lothringen gab es keine sozialdemokratische Stimme. In Berlin gingen 31 500, in Breslau 8600, in den freien Städten 35 200, in Elberfeld-Barmen 11 400 Sozialdemokraten zur Wahlurne. In ganz Schlesien zählte man jetzt 23 450, im Königreich Sachsen 124 000, in der Provinz Sachsen 20 000 sozialdemokratische Stimmen, während in Ostpreußen, Westpreußen und Posen die kommunistische Idee keine oder eine kaum nennenswerte Propaganda gemacht hatte. Mehring hat in seiner historisch-kritischen Darstellung der Sozialdemokratie (1878) die zutreffende Bemerkung gemacht: „Wo bereits eine starke Opposition gegen das Reich vorhanden ist (in den protestantischen, welfischen, polnischen und ultramontanen Wahlkreisen), bleibt die Sozialdemokratie auf die Dauer machtlos.“ Nur wird man zugeben müssen, daß die Zentrumsparthei noch andre Umstände als ihre Opposition gegen die Kulturkampfgesetze im Reiche und in Preußen zu ihren Gunsten gegen die Sozialdemokratie buchen darf.

Die Wahlen des Jahres 1878 brachten der Partei nur einen Abgang von 56 000 Stimmen und verminderten ihre Abgeordneten um drei. In Berlin, dem Schauplatz der beiden fluchwürdigen Attentate, gewann sie nicht weniger als 25 000 Stimmen, verlor aber trotzdem ein Mandat. Auch im Königreiche Sachsen waren neue Anhänger hinzugekommen. Schlesien blieb auf dem alten Stande, Kapell wurde aus Reichenbach-Neurode verdrängt, in Breslau (Ost) siegte aber zum erstenmale ein Sozialdemokrat, Reinders. Sehr gelichtet waren die sozialdemokratischen Reihen namentlich in Thüringen und in Schleswig-Holstein.

Das Sozialistengesetz löste nicht nur die äußere Organisation der Partei auf, sondern verursachte zunächst auch heftige innere Wirren. Die Frage war, wie man sich nun zu verhalten habe; sollte man sich, wie Most und Hasselmann wollten, als Revolutionsparthei bekennen, den sofortigen Umsturz predigen und an die Gewalt appelliren, oder, wie Bebel und Liebknecht wollten, die Agitation von der Oberfläche verschwinden lassen, die stille Arbeit der Untergrabung betreiben und durch Ruhe und Geduld beweisen, daß das Sozialistengesetz auf der irrigen Voraussetzung von der Gemeingefährlichkeit der Sozialdemokratie beruhe? Die mildere Tonart siegte, Most und Hasselmann gingen ins Ausland und wurden Anarchisten. Was es indessen mit der milderen Tonart auf sich hatte, bewies der Beschluß des Wydener Kongresses (1880), aus der Stelle des Gothaer Programms: „Die sozialistische Arbeiterparthei Deutschlands erstrebt mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat u.“ das Wort „gesetzlich“ zu streichen. Gegenüber den Anarchisten, für welche das Wählen ein überwundener Standpunkt war, schrieb der „Sozialdemokrat“: „Wir wählen, um die Massen zu revolutioniren.“

Unter diesen Umständen war es natürlich, daß die Partei mit geschwächten Kräften in die Wahlen von 1881 ging. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen sank auf 312 000 herab; bei der ersten Abstimmung erhielt die Partei kein Mandat und brachte es nur in 5 Wahlkreisen auf 45—50 Prozent der Stimmen. Trotzdem gewann sie in den engeren Wahlen 12 Mandate. Das Berliner Mandat war verloren gegangen, ebenso zwei im Königreich Sachsen, dafür war auch die andre Hälfte von Breslau und je ein Mandat in Hessen-Nassau, in Franken, im Großherzogtum Hessen, in Meuß ä. L. und in Hamburg erobert worden.

Von nun an wurden neue Exerzierplätze eingerichtet und namentlich in den neu erstehenden Gewerkschaften, in Bezirksvereinen und in den zentralisirten Rassen frische Rekruten gedrißt. Berlin wurde zur Hochschule für Ausbildung von Agitatoren gemacht. Der Erfolg blieb nicht aus: 1884 erreichte die Partei ihren höchsten Stand mit 550 000 Stimmen, 9 Sitze wurden sofort, 15 in den Stichwahlen eingenommen, obgleich die Partei nur in vier Wahlkreisen zwischen 45 und 50 Prozent der Stimmen erhalten hatte. Der Erfolg bei den ersten Wahlen hatte zu erhöhter Kraftanstrengung bei den engeren angespornt; aber nicht ihr allein verdankt die Partei ihre Siege in den Stichwahlen, eine genauere Untersuchung des Stimmenverhältnisses in den 15 Wahlkreisen ergibt, daß die Sozialdemokratie kaum in einem einzigen Sieger geblieben wäre, wenn die sogenannten Ordnungsparteien einmütiger zusammengehalten hätten. Von den Gegnern waren sieben freisinnig, fünf nationalliberal, zwei clerikal und je einer weltlich und demokratisch. Dem Zuwachs von Stimmen der Ordnungsparteien in den Stichwahlen verdankt die Sozialdemokratie unzweifelhaft ihre Siege in Elberfeld und Braunschweig, wo die freisinnige Partei Hilfsgruppen stellte, in München, wo ein Kompromiß zwischen Sozialdemokraten und Nationalliberalen gegen das Zentrum abgeschlossen war, in den beiden Kreisen Breslaus, in Magdeburg, Gotha, Meuß j. L., wo die Feindschaft der Mittelparteien gegen den Freisinn dem sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege verhalf. Nach dem Verhältnis der sozialdemokratischen Stimmen, welche bei den ersten ordentlichen Wahlen 1884 abgegeben worden sind, müßte die Sozialdemokratie 38 Vertreter statt 24 (oder 25) im Reichstage haben.

Altes Terrain wiedererobert oder neues gewonnen hatte die Partei namentlich in den preussischen Regierungsbezirken: Königsberg (Wachstum der Stimmen von 250 im Jahre 1881 auf 4470 im Jahre 1884), Stadt Berlin (30 000 auf 68 500), Potsdam (4100 auf 11 900), Magdeburg (9700 auf 16 000), Schleswig (14 000 auf 24 700), Provinz Hannover (9500 auf 18 460), Rassel (6500 auf 10 400), Wiesbaden (6000 auf 13 100), Düsseldorf (17 000 auf 29 400), in ganz Preußen (131 746 auf 259 577). Das Verhältnis in den übrigen wichtigeren Staaten war: Baiern 21 760:34 899, Sachsen 87 786:128 142, Württemberg 6152:9154, Baden 4700:11 027, Hessen 13 825:20 176, Braunschweig 5876:7701, Hamburg 23 206:37 510. Unter den thüringischen

Staaten zeichneten sich besonders aus: Weimar 713:2500, Meiningen 50:3490, Altenburg 968:1976, Koburg-Gotha 1558:7733, Neuß ä. L. 2215:3890, Neuß j. L. 2758:5539. In allen Staaten und größern Verwaltungsbezirken ohne Ausnahme hatte sich ein Anschwellen der sozialdemokratischen Flut gezeigt.

Von hundert gültigen Stimmen waren auf sozialdemokratische Kandidaten gefallen:

in Wahlkreisen mit großen Städten	15,0
» » ohne große Städte	4,2
in den überwiegend evangelischen Wahlkreisen mit mehr als 75 Prozent evangelischer Bevölkerung	15,3
in den überwiegend evangelischen Wahlkreisen mit weniger als 75 Prozent evangelischer Bevölkerung	7,9
in den überwiegend katholischen Wahlkreisen mit mehr als 75 Prozent katholischer Bevölkerung	2,2
in den überwiegend katholischen Wahlkreisen mit weniger als 75 Prozent katholischer Bevölkerung	2,7.

Ein Blick auf die dem statistischen Jahrbuche für 1886 beigegebene kartographische Darstellung zeigt folgendes Verbreitungsbild. Von den zweiundzwanzig rein städtischen Wahlkreisen (einschließlich des Wahlkreises Wiesbaden 6: Frankfurt a. M.) werden neun durch Sozialdemokraten vertreten; außerdem zeigt sich das sozialdemokratische Rot in Schleswig, Hannover, Braunschweig, Düsseldorf, den beiden Neuß, Koburg-Gotha, Sachsen, Hessen, Mittelfranken und Oberbayern. Das ganze Gebiet rechts von der Elbe, mit Ausnahme von Altona und Breslau, weist nur zwei sächsische Wahlkreise, wo ein stärkerer Anhang der Partei vorhanden ist, sowie Kiel und den Königsberger Stadtkreis auf, wo sozialdemokratische Kandidaten es bis zur Stichwahl brachten.

Trotz alledem kann, wenn man einen größern Zeitraum ins Auge faßt, von einem außerordentlichen Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen nicht wohl die Rede sein. Im Jahre vor Erlass des Sozialistengesetzes hatte die Partei 493 288 Wähler für sich gezählt, 1884 549 990. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat seinerzeit darauf hingewiesen, daß in Preußen und Sachsen 1884 nur wenige Wahlkreise vorhanden waren, in denen mehr sozialdemokratische Wahlzettel gezählt wurden als bei irgend einer Wahl zuvor. Zum erstenmale wieder seit Erlass des Sozialistengesetzes war die Partei nach Überwindung innerer Wirren mit höchster Kraftanstrengung in den Kampf gezogen; auch in den aussichtslosesten Wahlkreisen mußten sich die alten Anhänger zur Heerschau sammeln — es wurde intensiver gewählt. Allerdings war schon auf dem Wydener Kongreß (1880) der Beschluß gefaßt worden, in allen Wahlkreisen ohne Rücksicht auf die Zahl der Gesinnungsgenossen bei der Wahl selbständig vorzugehen und eigne Kandidaten aufzustellen; aber zur Ausführung kam dieser Beschluß und die Parole des Parteiorgans: „Wir wählen, um die Massen zu revolutioniren,“ in vollem Umfange erst 1884.

In Anbetracht dessen, daß der Umsturzpartei ihre Stichwahlerfolge 1884 durch die Verbitterung der sogenannten Ordnungsparteien untereinander so außerordentlich erleichtert worden sind, hat man neuerdings die Forderung erhoben, ein Kartell der letztern gegen die Sozialdemokratie zu bilden. Nehmen wir an, daß ein solches Kartell bereits für die Wahlen 1884 bestanden hätte, so würden etwa vierzehn Sozialdemokraten weniger und sechs Freisinnige, vier Nationalliberale, zwei Klerikale und je ein Welfe und Demokrat mehr im Reichstage sitzen. Den Hauptvorteil hätten also die Freisinnigen gehabt, gar keinen Nutzen die Konservativen. Wenn man mit dem Fürsten Bismarck den Fortschritt als Vorfrucht der Sozialdemokratie betrachtet und die Stellung der Welfen, Demokraten und zum Teil auch der Klerikalen zum Reiche ins Auge faßt, so wird der Unterschied zwischen dem, was ist und dem, was sein könnte, praktisch und politisch wenig bedeutend erscheinen.

Es kommt noch hinzu, daß es die Wahlverwandtschaft zwischen Sozialdemokratie und Freisinn zu einem aufrichtigen Anschluß der Freisinnigen an das Kartell gar nicht kommen lassen und im gegebenen Fall ihre Feindschaft gegen Mittelpartei, Konservative und Regierung die Oberhand behalten würde. Anderseits werden sich die Konservativen nicht dazu verstehen, zur Vermehrung der freisinnigen Mandate beizutragen, da ihnen das Auftreten der Reichsrichters Partei in den Fragen des Sozialistengesetzes, der Bekämpfung der Sozialdemokratie durch soziale Reformen, der Erhaltung und Stärkung unsrer Wehr, der Ordnung unsers Steuerwesens u. schon lange zweifelhaft gemacht hat, inwieweit sie noch als Ordnungspartei angesprochen werden kann. Bei diesem Stande der Dinge wäre es richtiger und mehr Erfolg versprechend, wenn die gedachte Forderung eines Kartells unter Ausschluß der Freisinnigen aufgestellt und erfüllt würde.

Eine solche Vereinbarung, nicht bloß der Wahlen wegen geschlossen, könnte nicht nur sehr viel dazu beitragen, größere Klarheit in die verwirrten Parteiverhältnisse zu bringen, sondern sich auch für die positive Reformarbeit außerordentlich fruchtbar erweisen. Wer möchte sich trotzdem getrauen, an ihren Abschluß zu glauben! Dem Abgeordneten Windthorst gefällt dieser Reichstag viel zu gut und seine eigne Lust an dem Dasein und Wirken des Freisinns ist viel zu groß, als daß er etwas zu dessen Isolierung beitragen möchte. Dieser treffliche Minister schließt Bündnisse nur von heute zu morgen, von Fall zu Fall.

Die Sozialdemokraten selbst kümmern sich um die Sorgen weder der Förderer des Reiches noch seiner Minderer. Die Formirung ihrer Bataillone in den Fachvereinen hat bedeutende Fortschritte gemacht, und der Anblick des Rückganges der Landwirtschaft und des Kampfes der Industrie mit den Wirkungen einer Welthandelskrisis verstärkt ihre Hoffnungen, daß die nächsten Reichstagswahlen das dritte Duzend ihrer Abgeordneten voll machen werden.